

Brokdorf-Prozeß-Info Nr. 2

Der Weiterbau droht. Gerichtsverhandlung über die Baugenehmigung vom 1.-5. Okt. in Schleswig

Worüber im Prozeß in Schleswig verhandelt wird:

Als am 26.10.76 die Polizei das Baugelände des geplanten Atomkraftwerks (AKW) bei Brokdorf besetzte, hatten die Antragsteller, Hamburgische Elektrizitätswerke AG (HEW), Nordwestdeutsche Kraftwerke AG (NWK) und Kraftwerk Union AG (KWU) vom Sozial-, wie auch vom Wirtschafts- und Verkehrsminister des Landes Schleswig-Holstein eine 1. Teil-Errichtungsgenehmigung (TEG) erhalten.

Mit zwei großen Demonstrationen am 30.10. und 13.11.1976 haben Tausende gegen den Bau eines AKW in Brokdorf protestiert.

Mit Unterstützung der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) haben unter anderen 9 Einzelkläger und 4 Gemeinden aus der Umgebung des Standortes Klage erhoben und einen Baustop-Antrag gestellt. Das Verwaltungsgericht (VG) Schleswig hat den Baustop im Dez. 1976 angeordnet, und das Ober-Verwaltungsgericht (OVG) Lüneburg hat ihn im Okt. 1977 bestätigt.

Fast 3 Jahre nach dem Baustop, im Sommer 1979, haben die Antragsteller (HEW, NWK und KWU) nun das VG Schleswig aufgefordert, jetzt über die Klage zu entscheiden.

Wie das Gericht verhandeln will:

Das Gericht hat der Aufforderung der Antragsteller sehr schnell entsprochen und die mündliche Verhandlung für den 1. bis 5. Oktober 1979 anberaumt.

Zu den Fragekomplexen

- Ist Brokdorf als Standort geeignet?
- Entspricht die Baugründung den Regeln der Baukunst?
- Werden weitere TEG's vorraussichtlich rechtmäßig sein?

will das Gericht die gleichen Sachverständigen hören, die bereits in Gutachten festgestellt haben, daß das AKW ohne Gefahr für die Umgebung gebaut und betrieben werden kann. Diese Sachverständigen arbeiten fast alle in Institutionen, deren Existenz von der Atomtechnologie abhängt!

worüber die Kläger verhandeln wollen:

Die Kläger werden deutlich machen, daß AKW's Gefahren bringen, die sie nicht hinnehmen werden. Sie werden ihr Recht auf Leben und Gesundheit nicht in die Hände von Sachverständigen geben, deren Arbeitsplätze von der Existenz der AKW's abhängt!

Die Kläger werden vortragen:

- * Die 1. TEG verstößt gegen das Baurecht, weil das AKW ohne Bebauungsplan und ohne Beteiligung der Nachbargemeinden genehmigt worden ist.
- * Die Errichtung eines AKW in der Wilster Marsch verstößt gegen das Landschaftspflegegesetz, weil der riesige Betonklotz das Landschaftsbild zerstören wird. Zudem sind Orte wie Brokdorf und Wewelsfleth Teile des Naherholungsgebiets für den Großraum Hamburg.
- * Der Standort ist ungeeignet, weil die Bevölkerung durch die radioaktiven Schadstoffe aus dem AKW Brunsbüttel und die Gifte der chemischen Industrie dieses Raumes bereits erheblich vorbelastet wird.
- * Außerdem wird nicht nur die Bevölkerung aus der Umgebung durch die radioaktiven Schadstoffe belastet. In der Wilster Marsch wird intensiv Landwirtschaft betrieben. Über die landwirtschaftlichen Produkte, in denen sich die radioaktiven Schadstoffe anreichern, werden viele Menschen betroffen.
- * Bei einem Reaktorunfall kann die Bevölkerung nicht rechtzeitig evakuiert werden, weil Elbe, Stör und Nord-Ostsee-Kanal natürliche Hindernisse bilden.
- * Die Antragsteller haben bei der Baugründung gespart. Die Großbohrpfähle entsprechen nicht einmal jenen Vorschriften, die für konventionelle Bauwerke gelten. Der Marschboden kann den Betonklotz nicht sicher tragen.

* Das AKW ist nicht so angelegt, daß es sogenannten "Sonderlastfällen" das sind Erdbeben, Flugzeug-Abstürze und Gastanker-Explosionen auf der Elbe sicher standhalten könnte.

* Das AKW kann nicht sicher betrieben werden. Der Reaktor-Druckbehälter kann durch Ermüdung bersten. Das Reaktor-Schutzsystem ist nicht gegen alle Fehler ausgelegt: es kann zum Kernschmelzen kommen; die Folge wäre eine katastrophale Freisetzung des radioaktiven Inventars des AKW's. Eine Vorsorge gegen eine solche Katastrophe, z.B. durch Berstschutz, Core-Catcher, Containment-Sprühsystem, unterirdische Bauweise, ist nicht getroffen worden.

* Das AKW Brokdorf gibt im Normalbetrieb so hohe Schadstoffmengen ab, daß die Einhaltung der Strahlenschutzverordnung auch durch spätere Auflagen nicht gesichert werden kann.

* Nach § 9a AtG müssen eine Wiederaufbereitungsanlage (WAA) und ein Endlager zur Entsorgung der AKW geschaffen werden. Es besteht keine Aussicht, daß dies möglich ist. Dies Wiederaufarbeitung ist großtechnisch nicht zu verwirklichen und eine Endlagerung im Salz ist nicht über Jahrtausende sicher.

** Es besteht auch keine Aussicht, daß die Entsorgung dann verwirklicht sein könnte, wenn die ersten Brenn-Elemente aus dem Betrieb des AKW Brokdorf anfallen und nach einer gewissen Zeit der Zwischenlagerung korrodieren und hierdurch Radioaktivität freisetzen.

** Die niedersächsische Landesregierung will eine WAA wegen des Widerstandes der Bevölkerung nicht genehmigen.

** Die nordrhein-westfälische Landesregierung will ein Zwischenlager, z.B. in Ahaus, nicht genehmigen, bevor nicht endgültig feststeht, daß die WAA in Gorleben gebaut wird.

* Die Erkundungen des Salzstockes Gorleben-Rambow sind nicht geeignet, das Problem der Endlagerung zu lösen; aufgrund geologischer Erkenntnisse steht schon jetzt fest, daß sich dieser Salzstock für ein Endlager nicht eignet.

* Der HEW darf nach § 7, II, 1 AtG eine Genehmigung zum Bau des AKW Brokdorf nicht erteilt werden. Der Störfall im AKW Brunsbüttel - die HEW ist, über Tochtergesellschaften, alleiniger Betreiber dieses AKW - und die Vertuschungsversuche der HEW im Zusammenhang mit diesem "Störfall" haben hinreichend die Unzuverlässigkeit der HEW bewiesen.

Warum wehren sich die Kläger gegen die Übermacht der Atomlobby?

Die Kläger wissen, daß es keinen Grenzwert gibt, unter dem radioaktive Strahlung unschädlich ist.

Sie kennen den Schriftwechsel zwischen Behörden und "Gutachtern" aus dem hervorgeht, wie "Richtlinien" innerhalb kurzer Zeit so abgeändert wurden, daß der Bau des AKW Brokdorf "rechtmäßig" wurde.

Sie leben - zum Teil weniger als 1 km vom AKW entfernt - in der Angst, nicht rechtzeitig gewarnt zu werden.

Sie haben vor Augen, daß

- in Seveso die Erde abgetragen werden mußte,
- immer mehr Elbfische schon jetzt bösartige Geschwüre aufweisen,
- jahrelang unbeobachtet Thallium aus Zementfabriken entwich,
- die Billbrooker Landwirte ihr Gemüse vernichten mußten.

Sie leben in der Angst, Milch wegschütten zu müssen oder überhaupt keine Kühe mehr halten zu dürfen, denn nach einem schweren Unfall im AKW würde ihr Land auf Jahrzehnte verseucht.

Und sie wissen auch, daß dezentrale Energiegewinnung

- Arbeitsplätze schafft,
- die Umwelt nicht gefährdet,
- die Gesundheit nicht gefährdet.

Kein AKW! In Brokdorf nicht, und auch nicht anderswo!

Kontakte:

Prozeßgruppe Brokdorf c/o Paulsen, Arentsee, 2211 Brokdorf,
Tel. 04858/538

Brokdorf-Prozeßgruppe der BUU Hamburg c/o Laden, Lutterothstr. 33,
2000 Hamburg 19, Tel. 040/402782

Während der Prozeßwoche vom 1. - 5. 10. sind wir erreichbar:

tagsüber während der Gerichtspausen: Hotel Hohenzollern
(gleichzeitig Tagungsort des Gerichtes), Clubraum,
Moltkestr. 41/ Ecke Schubystraße, 2380 Schleswig
Tel. 04621/24919

abends Tel. 04621/28643